



Putzen im Luxushotel – für 1,92 Euro netto die Stunde. Haare schneiden im Akkord – für 800 Euro Monatslohn. Ob Wachleute, Küchenhilfen oder Pflegekräfte: Tausende Arbeitnehmer allein in Hamburg – vor allem Frauen und Migranten – schufteten für Hungerlöhne.

# Von Arbeit muss man leben können

Und die Politiker? Seit die Medien das Skandal-Thema aufgegriffen haben, müssen sie Stellung beziehen. „Empörung“, „Entsetzen“ und allerlei soziale Rhetorik allerorten. Doch soziale Politik? Fehlanzeige! →

## Die LINKE. fordert gesetzlichen Mindestlohn

**WASG**  
Die Wahlalternative

**DIE LINKE. PDS**

Senator Uldall hat einen „Krisengipfel“ einberufen, um sich in den Medien als Retter der Putzfrauen zu inszenieren. Einziges Ergebnis der Komödie: ein unverbindlicher Appell an die „Kaufmannsehre“ von Unternehmern, die längst bewiesen haben, dass ihnen Profite über alles gehen.

Erpressung und Betrug lassen sich nicht durch flotte moralische Sprüche beseitigen. Denjenigen, die nur die Wahl haben zwischen Hungerlohn und gar keinem Lohn, können nur Gesetze helfen, die Ausbeutern Daumenschrauben anlegen. Doch die etablierten Parteien wollen diese Gesetze nicht.

### **Verantwortlich für Elendslöhne: CDU und Rot-Grün**

Der CDU-Senat profitiert als Auftraggeber selbst von Dumpinglöhnen – bei öffentlichen Ausschreibungen sind ihm die Sozialstandards in den beauftragten Unternehmen wurscht. Die Arbeitsagentur drängt Arbeitslose in Hungerlohn-Jobs. Und wenn Unternehmer erklären, nur mit Dritte-Welt-Löhnen am Markt bestehen zu können, wirft ihnen Uldall noch Subventionen hinterher („Kombi-Lohn-Modell“).

SPD und Grüne haben mit Hartz-Gesetzen und Ein-Euro-Jobs die Voraussetzung für Lohndumping geschaffen. Mit den branchenspezifischen Mindestlöhnen, die sie fordern, würden diese ungleichen Verhältnisse nur weiter festgeschrieben. Als die LINKE. Anfang 2006

einen Antrag zur Einführung des gesetzlichen Mindestlohns in den Bundestag einbrachte, stimmten SPD und Grüne dagegen.

### **Die LINKE. fordert gesetzlichen Mindestlohn**

Die LINKE. ist die einzige politische Kraft im Bundestag, die Mindestlöhne gesetzlich regeln will. So, wie das auch in unseren europäischen Nachbarländern und selbst in den USA seit langem der Fall ist. Überall hat der gesetzliche Mindestlohn – zwischen acht und neun Euro brutto pro Stunde – segensreiche Auswirkungen gehabt: mehr Jobs, von denen man leben kann, mehr Konsumnachfrage und stabileres Wirtschaftswachstum, weniger Arbeitslosigkeit.

Deshalb fordern inzwischen auch immer mehr kleine und mittelständische Unternehmer den gesetzlichen Mindestlohn – denn er schützt die Anständigen vor unlauterer Konkurrenz. Und immer mehr Ökonomen sind überzeugt, dass der gesetzliche Mindestlohn ein Schlüssel zur Lösung der sozialen und wirtschaftlichen Probleme in Deutschland ist.

Die LINKE. hält an ihrer Forderung fest: 8 Euro Stundenlohn müssen sein – mindestens, gesetzlich garantiert und einklagbar. Gemeinsam mit den Gewerkschaften setzen wir uns seit langem für den gesetzlichen Mindestlohn ein. Falls Sie Opfer von Lohndumping kennen oder selbst betroffen sind, können Sie sich an uns wenden.

WASG Hamburg  
Kreuzweg 7  
20099 Hamburg  
Tel. 22 62 42 14  
info@wasg-hh.de

Linkspartei.PDS, Landesverband Hamburg  
Kreuzweg 7  
20099 Hamburg  
Tel. 3 89 21 64  
info@linkspartei-hamburg.de